[Dresd]ner Volkszeitung

[Org]an für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

[illegible] enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 und 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1.50 M. für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwebeilegung 10 Pf.

Dresden, Mittwoch den 23. Februar 1927 | 38. Jahrg.

[illegible]ödie von Schanghai

[illegible] — Uebergang von Matrosen und Polizisten zu den Revolutionären

[illegible] geworden. Blutige [illegible] um 7½ Uhr, meu[illegible] chinesischen [illegible] der Generals [illegible] über. [illegible] die Stadt zu bombardieren. [illegible] 12 Geschosse sind in [illegible] das benachbarte [illegible] Staatsangehörige [illegible]. Die ausländischen [illegible] mit Munition versehen. [illegible] von der Avantgarde [illegible] hat man seine wahre [illegible] Bombardement brach ein [illegible] grenzenden [illegible] Polizei in Schanghai beginnt [illegible] zu zeigen. Ver[illegible]

[illegible] des Terror-Regimes, [illegible] in der Abwesenheit [illegible] nach den neuesten Meldungen [illegible] die Straßen Schanghais [illegible] begleitet, mit einem von [illegible] in den Händen. Wo ein [illegible] von Flugblättern gefunden werden, wird [illegible] der Hingerichteten [illegible] befestigt.

[illegible] Streik dauert trotz dem Terror [illegible] ist jedoch bereits zu[illegible] eine Proklamation an[illegible] Arbeiter, der nicht sofort [illegible] rücksichtslos hingerichtet.

Trotzdem streiken bisher ungefähr 110 000 Arbeiter. Die Opposition gegen das Gewaltregiment ist im Wachsen, wie es die Meuterei der Flotte zeigt, und Li kann sich im Augenblick nur noch auf einen Teil seiner Polizei stützen. Das alles geschieht, während die revolutionären Kantontruppen nur noch 130 Kilometer von der Stadt entfernt sind. General Sun wird in der Stadt erwartet, und nach seinen Erklärungen und den Versicherungen des Generalstabschefs Tschang Tis Lind soll die Stadt bis zum äußersten mit Unterstützung der Mukden-Truppen gehalten werden. Trotzdem zweifelt man, daß es den reaktionären Nordtruppen gelingen wird, die Stadt zu halten. Man befürchtet für den Fall des Einmarsches der revolutionären Kantonesen furchtbare Racheakte.

Abbau der Generalspensionen

D. Berlin, 23. Februar. (Eig. Funkspruch.) Dem Reichstag ist am Dienstag abend das von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angekündigte Pensionskürzungsgesetz zugegangen. Als Pensionshöchstbetrag sind in dem Entwurf 12 000 Mark jährlich festgesetzt. Jetzt erhalten die Generale 16 000 M., 17 000 M. und 18 000 M. jährlich Ruhegehalt.

Deutschnationale Futterkrippenpolitik und Vetternwirtschaft

Der deutschnationale Reichsernährungsminister Schiele hat dem Pressedezernenten des Reichsernährungsministeriums, Dr. Lichter, der Mitglied der Zentrumspartei ist, gekündigt, um u. a. auch an diese so freiwerdende Stelle einen seiner Parteifreunde zu setzen. Die neue schwarz-blaue Ehe wirkt sich bereits schon aus! Und profitabel für die Blaublütigen!

Opfer der Kaserne

[A]nklage des Genossen Moses im Hauptausschuß

[illegible] des Reichstags wurde [illegible] Reichswehretat fortgesetzt. Am [illegible] Antrag der sozialdemokratischen Ausschußmitglieder [illegible] (zu der meist [illegible]) abgelehnt worden. Man [illegible] auf einen verschärften Kampf der [illegible] Freunde müssen immer einen [illegible]

[illegible] schilderte die Schlacht bei dem [illegible] hin, daß für ähnliche Zwecke [illegible] daß aus dem Etat nicht [illegible] 26 Millionen verwendet würden [illegible] die Ausgaben des alten preußischen [illegible] zwecken insgesamt etwa 12 Millionen [illegible] eine genaue Aufstellung [illegible] müsse unter allen Umständen [illegible] Antwort stellte der deutschnationale Abg. [illegible] den Antrag, alle sozialdemokratischen Anträge [illegible] Unterausschuß zu überweisen und daraus [illegible] herauszuziehen. Gegen [illegible] dieser Antrag angenommen.

[illegible] die Beratung des Kapitels „Bildungswesen". [illegible] befaßte sich bei dieser Gelegenheit mit [illegible] in der Reichswehr. Gewiß hätte [illegible] im letzten Jahre erfreulicherweise eine [illegible], aber sie sei doch noch außerordentlich [illegible] man einen Vergleich zieht zwischen denen, die [illegible] denen, die eines unnatürlichen Todes ge[illegible] im Jahre

[illegible] Selbstmorde und 46 Selbstmordversuche

[illegible] betrachtet, daß 73 tödliche Un[illegible] sind, so ergibt sich die Tatsache, daß [illegible] an Krankheit verstorben sind 100, eines unnatürlichen Todes 163. Erst gestern sei dem Reichs[illegible] der Krankheits- und Todesfälle in den preußischen [illegible] überreicht worden. In dem Berichtsjahr 1924 [illegible] unter 47 381 Gefangenen nur 67 Selbstmorde [illegible] der Reichswehr von 100 000 Mann im Berichtsjahr [illegible] trotzdem die Zahl der Gefangenen [illegible] gewesen sei. Die Hälfte aller Selbstmorde [illegible] in den ersten Dienstjahren [illegible] von 18 bis 23 Jahren verzeichnete man [illegible]. Unter den Ursachen [illegible] dienstliche Behandlung [illegible] und auch bei diesen vier Fällen [illegible], daß „vorschriftswidrige Behandlung der [illegible] vorgelegen habe". Hier setze das Mißtrauen [illegible] ein. Insbesondere wenn man z. B. [illegible] denkt, so an das Jägerbataillon in Ulm, [illegible] fünf Selbstmorde eingetreten sind. — [illegible] noch auf das

[K]apitel Soldatenmißhandlungen

[illegible] auf die Zustände bei dem Reiterregiment in Ludwigslust und auf die Gerichtsverhandlung [illegible]. Es sei Tatsache, daß der Schwadronchef sich um [illegible] Mißhandlung der Soldaten nicht gekümmert hat, und charakteristisch wäre, daß der Oberstabsarzt, der mehrere verwundete und mißhandelte Soldaten in Behandlung bekam, keinerlei Schritte unternommen habe. Vorgesetzte, die solche Zustände duldeten, müßten rücksichtslos aus der Reichswehr entfernt werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kamen nochmals die Verbindungen der Reichswehr zu den Wehrverbänden zur Sprache. Abg. Schöpflin (Soz.) richtete außerdem die Anfrage an den Wehrminister, weshalb immer noch die Anrede „Exzellenz" üblich sei. Geßler erklärte, daß das durch den neuen Chef der Heeresleitung endgültig abgestellt sei. Am Schluß der Sitzung stellte Abg. Künstler noch den Antrag, Heeresaufträge nur unter der Bedingung zu vergeben, daß die beauftragten Firmen sich an den Achtstundentag halten und keine Ueberstunden arbeiten lassen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volkspartei angenommen. — Weiterberatung am Dienstag abend nach der Reichstagssitzung.

„50000 Dollar"

Für russische Waffenlieferungen

D. Berlin, 23. Februar. (Eig. Funk.) In der heutigen Morgenausgabe veröffentlicht der Vorwärts das Faksimile einer Anweisung des „Wirtschaftskontors" an die Darmstädter und Nationalbank, 50 000 Dollar telegraphisch nach Neuyork für die russische Staatsbank zu überweisen. „Wirtschaftskontor, G. m. b. H." ist der im Herbst 1926 abgeänderte Name der „Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen", abgekürzt Gefu, mit dem Sitz in Berlin und einer Filiale in Moskau. Es handelt sich bei dieser „Gefu" und dem „Wirtschaftskontor" um eine Abzweigung des Reichswehrministeriums zur Waffen- und Munitionsbeschaffung. Sie besaß bis vor ganz kurzer Zeit ein Konto bei einer Depositenkasse der Darmstädter und Nationalbank in Berlin, das inzwischen zur preußischen Staatsbank verlegt wurde. Verfügungsberechtigt über dieses Konto waren Oberst Oskar Buchholz, Leiter der Waffen- und Munitionsabteilung des Reichswehrministeriums und der Major Spangenberg von der gleichen Abteilung.

Das nunmehr veröffentlichte Faksimile dürfte auch bei jenen kommunistischen Arbeitern seinen Eindruck nicht verfehlen, die es bisher glaubten, wenn die KPD. die russischen Waffenlieferungen für die deutsche Reichswehr ableugnete. Es schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Kommunisten ihre verlogene Taktik fortsetzen. Sie werden dazu durch die bisherige Zurückhaltung der Reichsregierung geradezu ermuntert. Dabei weiß heute schon fast jedes Kind, daß in den vergangenen Jahren 3000 Tonnen Sowjetgranaten nach Deutschland geliefert worden sind. Das kann die Reichsregierung nur bestätigen. Vorläufig fehlt ihr hierzu jedoch der Mut.

General Heye und wir

Von Dr. h. c. von Schoenaich, Generalmajor a. D.

General Heye, Chef der Heeresleitung, hat im Haushaltausschuß des Reichstages die betrübliche Tatsache, daß die Mehrzahl der heutigen Offiziere Monarchisten seien, unter anderem dadurch zu entschuldigen versucht, daß er ausführte, man sei auch im alten Heere so duldsam gewesen, Republikaner wie General von Deimling und mich in hohe Stellungen aufrücken zu lassen, denn er könne unmöglich annehmen, wir hätten unsere Gesinnung erst nach dem Kriege geändert.

Ein kluger Mann wie er sollte eine schlechte Sache nicht obendrein auch noch mit schlechten Waffen verteidigen. Ich habe meinen Gesinnungswechsel in meinen Lebenserinnerungen eingehend geschildert. Das Buch ist im Reichswehrministerium bearbeitet worden, nicht aus Liebe zu mir, sondern in der Hoffnung, mir irgendeinen Strick drehen zu können. Herr Heye weiß danach ganz genau, daß ich am 11. November 1918, um 10 Uhr vormittags, vom bis dahin überzeugten Monarchisten zum überzeugten Republikaner geworden bin, das heißt in dem Zeitpunkt, wo mir der Uebertritt des Kaisers auf holländisches Gebiet bekannt geworden ist.

Daß meine damaligen Gedankengänge nicht ganz abwegig waren, mag Herr Heye sich vom Fürsten Bismarck sagen lassen, der in seinen Erinnerungen ausdrücklich betont hat, daß nur der Monarch in seinem Volke wurzeln könne, der jederzeit bereit sei, mit dem Säbel in der Hand an den Stufen des Thrones zu fallen. Ehe Herr Heye meinen damaligen Gesinnungswechsel schmäht, sollte er mir einen einzigen Fall in der Geschichte nennen, wo ein Monarch in der schwersten Not seines Volkes ohne eine Spur von persönlicher Bedrohung so schmählich fahnenflüchtig geworden ist, wie der letzte deutsche Kaiser mitsamt seinem Sohne.

Ich will hier alle die Tatsachen ganz außer acht lassen, die mir erst später bekannt geworden sind, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, daß die Grundlagen der Hohenzollern-Monarchie schon lange zuvor unterwühlt waren.

Herr Heye sagt, nie hätte ein Heer solche Umwälzungen erlebt seit den Zeiten Cromwells und Napoleons wie das deutsche. Sehr richtig, nur dehne ich das aus auf die ganze Menschheit. Nie in der sechstausendjährigen geschriebenen Geschichte hat es solch einen Entwicklungssprung gegeben, wie wir ihn heute durchleben. Wer in solcher Zeit seine früheren Ansichten nicht nachprüft oder eine Aenderung nicht einzugestehen wagt, den halte ich entweder für einen Dummkopf oder einen Feigling.

Herr Heye weiß auch ganz genau, daß zahlreiche alte Offiziere genau so denken wie Deimling und ich, daß sie aber lieber schweigen als den furchtbaren gesellschaftlichen Boykott zu tragen, der jeden unfehlbar trifft, der heute gegen den Stachel der Offiziersverbände zu lecken wagt.

Außerdem, man hat in Preußen-Deutschland nicht immer böse gedacht über Gesinnungsänderung. Die hannoverschen Offiziere, die 1866 in den Dienst Preußens traten, sind dort besonders gut behandelt worden. Und dabei war der Monarch, dem sie vorher die Treue geschworen hatten, von dem Monarchen, dem sie sie nachher schworen, mit brutaler Gewalt vom Throne gestoßen worden. Ich glaube, daß durch diese Tat sich die Hohenzollern bereits selbst das Grab gegraben hatten, längst bevor Deimling und ich Republikaner geworden sind.

Zweierlei halte ich in Neudeutschland für verhängnisvoll: den Glauben, Gesinnungsänderung sei gleich Gesinnungslumperei, und den Glauben, Kritik der eigenen Sippe sei ein Beschmutzen des eigenen Nestes. Das kann es sein, das muß es aber nicht sein, es kommt auf die Gründe an. Dadurch, daß die Ewiggestrigen das immer in die Welt hinausposaunen, wollen sie nur verhindern, daß die dummen Michels merken, von wieviel Torheit der einstigen Monarchen und ihrer Gefolgschaften sie ins Unglück gestürzt worden sind.

Ich bin im Zweifel, ob eine spätere Geschichte nicht einmal sagen wird, daß wir sogenannten Renegaten eine bessere Tradition vertreten als die Herren Dolchstößer, die immer wieder versuchen, Schuld und Verantwortung auf andere Schultern zu wälzen, wo sie doch den Ruhm, wenn die Sache gut abgelaufen wäre, zu 99 Prozent für sich beansprucht hätten.

Herr Heye verschiebt die Klagegründe der Reichswehrgegner auch sachlich. Kein vernünftiger Mensch verlangt, daß die Offiziere theoretisch die Republik für die beste Staatsform halten. Man wendet sich nur dagegen, daß so viele Offiziere ihre innere theoretische monarchistische Ueberzeugung fortwährend in die Tat übersetzen, und daß der Herr Reichswehrminister Beschwerden darüber in ganz unzulänglicher Weise zu erledigen pflegt.

Daß die Regimentskommandeure die anderen Waffen genau kennen müssen, ist keineswegs etwas Neues. Jeder ältere Hauptmann mußte auch früher seine alljährliche Uebung schon mit gemischten Waffen machen, und ein Regimentskommandeur, der im Manöver nicht mit den anderen Waffen umzugehen verstanden hätte, hätte sich sechs Wochen später den Zylinder aufsetzen dürfen.

Die Kritik wegen der Ueberflüssigkeit der starken Kavallerieverbände weist Herr Heye mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages zurück. Er sagt, man würde uns die Auflösung gestatten, den Ersatz durch andere Waffen aber nicht. Darf ich fragen, ob das Reichswehrministerium das jemals zu erreichen versucht hat?

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19270223/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG